



Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Abteilung Ordnung, Umwelt, Straßen- und Grünflächen
Ordnungsamt

BERLIN



Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, 10617 Berlin

Herr

Maximillian Claudel

Joachim-Friedrich-Straße 10 A

10711 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)

Ord A 105

Frau Voigt

Tel. +49 30 9029-29032

Fax +49 30 9029-29039

ordnungsamt@charlottenburg-
wilmersdorf.de

nicht zum Empfang signierter Mails

post.ordnungsamt@charlottenburg-
wilmersdorf.de

Mailadresse zum Empfang von signierten Mails

Hohenzollerndamm 174-177, 10713

Berlin

Zimmer 2020

23.04.2024

Sehr geehrter Herr Claudel,

auf Ihren Antrag erteile ich die nachstehende Erlaubnis (§ 34 c der Gewerbeordnung - GewO)

I. Dem Antragsteller/der Antragstellerin

Familienname, Vorname / im Handels-, Genossenschafts- o. Vereinsregister eingetragener Name mit Rechtsform

Claudel, Maximillian

Geburtsdatum und -ort / Ort und Nummer des Registereintrags

12.11.1988 in Fribourg, Schweiz

wird gemäß § 34c der Gewerbeordnung (GewO) die Erlaubnis zur Ausübung des folgenden Gewerbes erteilt:

II. Angaben zum Umfang der Tätigkeit

- ☒ Vermittlung des Abschlusses oder Nachweis der Gelegenheit zum Abschluss von Verträgen über
☒ Grundstücke ☒ grundstücksgleiche Rechte ☒ Wohnräume ☒ gewerbliche Räume
(nach § 34 c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GewO - nicht prüfungspflichtig nach den Vorschriften der MaBV)

- ☒ Gewerbsmäßige Verwaltung von gemeinschaftlichem Eigentum von Wohneigentümern oder die
Verwaltung von Mietverhältnissen über Wohnräume Dritter
(nach § 34 c Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 GewO - nicht prüfungspflichtig nach den Vorschriften der MaBV)

III. Gebührenfestsetzung

Für die Erlaubnis wird die folgende Gebühr festgesetzt (§§ 1 und 2 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge in
Verbindung mit § 1 der Verwaltungsgebührenordnung und der Tarifstelle 2246 der Anlage -
Gebührenverzeichnis): **437,32 €**

Die Gebühr ist bezahlt.

Handelsgewerbe
Beendigung
Bezirksämter
Der Beginn der Gewerbesteuer
Die Ertragsart ist gültig im Bereich
Allgemeine Hinweise:

IV. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid und die darin festgesetzte Verwaltungsgebühr kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Abteilung Bürgerservice, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten - Ordnungsamt -, Hohenzollerndamm 174 - 177, 10713 Berlin erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Voigt

Die von Ihnen zu beachtenden Hinweise entnehmen Sie bitte der folgenden Seite.

Allgemeine Hinweise:

Die Erlaubnis ist gültig im Bundesgebiet und berechtigt zur Ausübung der im Bescheid genannten Tätigkeiten.

Der Beginn der Gewerbeausübung sowie der Betrieb einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle sind unverzüglich der örtlich zuständigen Behörde (das ist in Berlin die für Wirtschaft zuständige Abteilung des betreffenden Bezirksamtes) anzuzeigen (§ 14 GewO), in deren Bezirk die Tätigkeit aufgenommen wird. Dies gilt auch für eine Beendigung des Betriebs. Eine entsprechende Gewerbeabmeldung führt nicht zum Erlöschen der Erlaubnis. Die Pflicht zur Gewerbeanzeige entfällt weder durch die Erteilung der Erlaubnis noch durch die Eintragung in ein Register (z.B. Handelsregister).

Durch diese Erlaubnis werden nach anderen Vorschriften erforderliche Auflagen oder Bedingungen anderer Behörden oder anderer Dienststellen sowie Rechte Dritter nicht berührt.

Die Erlaubnis berechtigt nicht zur Ausübung von Tätigkeiten, die dem Regelungsgehalt des § 34i Abs. 1 GewO unterliegen (gewerbsmäßige Vermittlung des Abschlusses von Immobilien-Verbraucherdarlehensverträgen), für die eine gesonderte Erlaubnis zu beantragen ist.

Zudem unterliegt die Vermittlung von Nachrangdarlehen und partiarischen Darlehen seitdem in Kraft treten des Kleinanlegerschutzgesetzes vom 03.07.2015 der Erlaubnispflicht nach § 34f Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 GewO.

Besondere Hinweise:

- für Gewerbetreibende im Sinne von § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GewO (Immobilienmakler) und/oder § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 GewO (Wohnimmobilienverwalter)

Gewerbetreibende mit einer Erlaubnis nach § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GewO (Immobilienmakler) und/oder § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 GewO (Wohnimmobilienverwalter) müssen sich in einem Umfang von 20 Stunden innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren weiterbilden. Ist der Gewerbetreibende eine juristische Person, obliegt die Weiterbildungspflicht grundsätzlich allen gesetzlichen Vertretern.

Darüber hinaus unterliegen die unmittelbar bei der erlaubnispflichtigen Tätigkeit mitwirkenden Beschäftigten der Weiterbildungspflicht. Nicht der Weiterbildungspflicht unterfallen Beschäftigte, die rein interne Tätigkeiten ohne Bezug zu erlaubnispflichtigen Tätigkeiten ausüben, z. B. Sekretariatsaufgaben, Tätigkeiten in der Buchhaltung oder Personalabteilung. Ist eine natürliche Person als Gewerbetreibender oder gesetzlicher Vertreter einer juristischen Person selbst unmittelbar mit der Durchführung der erlaubnispflichtigen Tätigkeiten befasst, ist eine Delegation der Weiterbildungspflicht auf nachgeordnete Beschäftigte nicht zulässig.

- für Gewerbetreibende im Sinne von § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 GewO

Der Versicherungsschutz ist während der gesamten Tätigkeit aufrecht zu erhalten. Wird der Haftpflichtversicherungsvertrag beendet, ist der Erlaubnisbehörde unverzüglich der Abschluss einer neuen Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen. Ohne diesen Nachweis wird die vorliegende Erlaubnis widerrufen, es sei denn der/die Erlaubnisinhaber/in verzichtet auf die Erlaubnis.

- für Gewerbetreibende im Sinne von § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GewO (Bauträger und Baubetreuer)

Nach § 16 der Makler und Bauträgerverordnung (MaBV) hat der Gewerbetreibende auf seine Kosten die Einhaltung der sich aus den §§ 2 bis 14 MaBV ergebenden Verpflichtungen für jedes Kalenderjahr durch einen geeigneten Prüfer prüfen zu lassen und der zuständigen Behörde den Prüfungsbericht bis spätestens zum 31. Dezember des darauffolgenden Jahres zu übermitteln. Wer geeigneter Prüfer ist, ergibt sich aus § 16 Abs. 3 MaBV.

Der Prüfungsbericht muss die erforderlichen Aussagen über Art, Umfang und Durchführung der unter § 34 c GewO fallenden Geschäfte und ferner eine Erklärung darüber enthalten, ob der Gewerbetreibende oder sein Beauftragter die erforderlichen Nachweise und die geforderten Auskünfte erbracht hat. Ferner ist ein Vermerk darüber notwendig, ob Vollständigkeitserklärungen abgegeben worden sind. Der Bericht muss außerdem einen Vermerk darüber enthalten, ob

Verstöße des Gewerbetreibenden festgestellt worden sind. Der Prüfer hat den Vermerk mit Angabe von Ort und Datum zu unterzeichnen. Soweit die Prüfung sich auf Zweigniederlassungen erstreckt, muss auch darüber eine entsprechende Aussage aufgenommen werden.

Sollten in dem betreffenden Kalenderjahr **keine Vorgänge** angefallen sein, welche eine der in den §§ 2 bis 14 MaBV bezeichneten Pflichten auslösen könnten, genügt eine entsprechende schriftliche Erklärung (**Negativklärung**) des Gewerbetreibenden, die der örtlich zuständigen Behörde bis spätestens 31. Dezember des darauffolgenden Jahres zu übermitteln ist.

Nach § 18 Nr. 12 MaBV in Verbindung mit § 144 Abs. 2 Nr. 6 GewO handelt ordnungswidrig, wer entgegen § 16 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 MaBV einen Prüfungsbericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig oder eine dort genannte Erklärung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vorlegt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 2.500 Euro geahndet werden.

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Hohenzollerndamm 174-177, 10713 Berlin

Berliner Sparkasse DE19 1005 0000 0710 0116 79

Postbank Berlin DE89 1001 0010 0004 8861 01

Verkehrsbindung: U-Bahnlinie 3/7 oder Buslinie 101/104/115/N3/N7/N42 (Ausstieg: U Fehrbelliner Platz).

Telefonische Sprechzeit der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle Mo, Di 9.00 -15.00 Uhr, Do 10.00 -15.00 Uhr, Tel.: 9029 29000

Außerhalb dieser Zeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet.

Mithilfe des folgenden QR-Codes gelangen Sie zur bezirklichen Internetseite:

